Anhang zu RRB vom 28. Juni 2011

Einwohnergemeinde Schnottwil: Teilrevision der Generellen Wasserversorgungsplanung (GWP) für die Erschliessung des Gebietes „Rüttenen“

Wasserrechtliche Bewilligung und Ausnahmegewilligung

Gestützt auf § 25 Abs. 2, § 29 Abs. 1, § 53 Abs. 1 lit. c und § 69 Abs. 3 GWBA werden der Gemeinde Schnottwil für die in Kapitel 1. Ausgangslage umschriebenen Massnahmen, welche die beiden öffentlichen Gewässer betreffen, die wasserrechtliche Bewilligung und Ausnahmegewilligung erteilt. Dabei sind nachstehende Auflagen verbindlich:

- Der Plan WV 129.033.103 „Teilrevision der GWP Gebiet „Rüttenen“, Situation 1:1000, Genehmigungsexemplar“ der Emch + Berger AG, Ingenieure und Planer, Schöngrünstrasse 35, 4500 Solothurn, bildet einen integrierenden Bestandteil dieser Bewilligung.
- Für die Bauausführung ist das Merkblatt „Baustellen-Entwässerung“ (http://www.so.ch/fileadmin/internet/bjd/bumaa/pdf/wasser/328_mb_01.pdf) des Amtes für Umwelt sinngemäss zu beachten.
- Die ausführende Bauunternehmung ist über den Inhalt dieses Beschlusses in Kenntnis zu setzen.
- Die Überquerung des eingedolten Loggisloobächlis ist sorgfältig auszuführen. Allfällige Beschädigungen an der Bacheindolung sind unverzüglich auf Kosten der Bewilligungsinhaberin zu beheben.
- Nach Erstellung des neuen Hydranten und dessen Zuleitung ist das beanspruchte Ufer des Eichibaches wieder in Stand zu stellen.
- Rechte Dritter sowie bestehende und künftige Gesetze bleiben vorbehalten. Privatrechtliche Einwendungen gegen das Vorhaben sind an den Zivilrichter zu verweisen. Eine allfällige Inanspruchnahme des Grundeigentums Dritter ist von der Bewilligungsinhaberin mit den Grundeigentümern direkt zu regeln.
- Die Bewilligungsinhaberin haftet für alle Folgen, die sich aus der Verlegung bzw. Erstellung der Objekte und aus deren Bestand ergeben. Der Staat übernimmt keine Haftung für Schäden, die durch Hochwasser oder andere Ereignisse an den Objekten entstehen.
- Werden an den genannten Gewässern im öffentlichen Interesse dereinst irgendwelche Veränderungen vorgenommen, so hat die Bewilligungsinhaberin alle Umtriebe und Inkonvenienzen ohne Entschädigungsanspruch zu dulden und die im Gewässerareal bzw. in der Bauverbotszone liegenden Teile der Objekte wenn nötig auf eigene Kosten den neuen Verhältnissen anzupassen oder zu entfernen.
- Die Übertragung der Bewilligung auf einen neuen Inhaber ist dem Bau- und Justizdepartement zu melden.